Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis vierteljährl. 4½ **Mk.** incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) **ohne** Postbeförderung 60 Mk. **mit** Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 33. **Mittwoch** den 2. Februar 1887. **81. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 4. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 25. Februar dss. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.

Dasselbe enthält:
Nr. 1697. Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues. Vom 21. Januar 1887.
Nr. 1698. Bekanntmachung, betreffend die Aichung von Gasmessern. Vom 21. Januar 1887.

Leipzig, den 31. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Zum Abladen von Schnee und Eis in diesem Winter haben wir außer den in unserer Bekanntmachung vom 27. October vor. J. angewiesenen **Plätzen** noch die folgenden bestimmt:

1) die an der **verlängerten Marschnerstraße** gelegene **Teichwiese,** enthaltend Theile der Parcellen Nr. 2581 und 2582 des neuen Flurbuchs für Leipzig und einen Theil der ebenfalls zur Parcelle 2582 gehörigen Universitätswiese,

2) die an obige Wiese angrenzende **Abtheilung III** der **Universitätswiesen,**

3) die **Abtheilungen IV, V, VII, X und XI** der **Naunstädter Viehweide,** rechts vom Leutzscher Wege gelegen,

4) **Abtheilung I und II** der **Universitätswiese.**

Leipzig, am 25. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 539. Dr. Georgi. Hennig.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 24. bis 30. dieses Monats im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.7fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.422.

Leipzig, am 31. Januar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Diejenigen unserer Mitbürger, welche Arme mit Speisemarken zu unterstützen beabsichtigen, können solche bei unserem Armenamte käuflich erhalten.

Der Preis ist (wie bei den Speiseanstalten) für das Stück 15 ₰.

Leipzig, den 5. Januar 1887.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. I.

Erledigt

hat sich unsere den Stubenmaler **Ernst Oscar Arthur Kirmse** von hier betreffende Bekanntmachung **vom 10. dss. Mts.** durch Ergreifung des Genannten.

Leipzig, den 24. Januar 1887.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Faldix.

Bekanntmachung,

Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig rc.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig rc., deren **Herstellung im laufenden Jahre** gewünscht wird, **sind spätestens bis zum 1. März** bei der Ober-Postdirection anzumelden.

Für Anmeldungen, welche **nach dem 1. März** eingehen, kann auf die Ausführung in der diesjährigen Bauperiode mit Sicherheit **nicht gerechnet werden.**

Eine Erneuerung der hier **bereits** vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Leipzig, 29. Januar 1887.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Holz-Auction.

Von den auf dem Ehrenberger Walde des Zwenkauer Forstreviers auf dem Mittelwaldschlage, Abtheilung 70 — Cunnersdorfer Holz — aufbereiteten Hölzern sollen

Montag, den 14. Februar dss. Jhrs.,
vom Vormittag ½10 Uhr an

50	eichene Klötzer	10—32 cm stark,	2.5—8	m lang,
42	" "	40—98 " "	2 —9.9	" "
15	buchene "	18—46 " "	2.5—6	" "
89	rüsterne "	11—51 " "	4 —9	" "
11	eschene "	18—23 " "	2.5—4	" "
26	erlene "	13—37 " "	4 —8	" "
6	ahornene "	12—23 " "	3 —4	" "
14	espene "	17—26 " "	3 —6	" "
2	pappelne "	28u.35 " "	4 u. 5	" "
4	Rm eichene Nutzscheite			

und

Dienstag, den 15. Februar dss. Jhrs.,
ebenfalls von ½10 Uhr an

96	Rm harte Brennscheite	
44	" "	Brennknüppel,
5	" harter Bruchholz,	
296	" "	Abraumreisig,
368	" harte Langhaufen und	
140	" "	Stöcke

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem Gundorf-Gänsicher Wege am Schlage Abtheilung 70.

Zahlstelle in der Schmeißer'schen Restauration zu Hänichen.

Königl. Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königl. Forstrentamt Wurzen, am 1. Februar 1887.

Somies. **Bachmann.**

Arzt-Gesuch.

In dem an der neuen Bahnlinie Leipzig-Geithain gelegenen Marktflecken Liebertwolkwitz mit ca. 2600 Einwohnern, woselbst zur Zeit nur ein Arzt practicirt, ist die alsbaldige Niederlassung eines zweiten approbirten Arztes nicht nur erwünscht, sondern sogar zur Nothwendigkeit geworden.

Einem jüngeren Arzt wird durch die im Orte vorhandenen drei Krankencassen mit insgesammt ca. 700 Mitgliedern, sowie durch die stark bevölkerte, wohlhabende Umgebung von Liebertwolkwitz sichere Gewähr für eine angenehme und auskömmliche Existenz geboten.

Der unterzeichnete Gemeindevorstand ist gern bereit, über alles Nähere Auskunft zu ertheilen.

Liebertwolkwitz, den 31. Januar 1887.

Der Gemeinderath.
Dick, Gemeinde-Vorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Elsaß-Lothringen und die Wahlbewegung.

Im elsaß-lothringischen Landesausschuß ist am 28. Januar bei Gelegenheit der Budgetberathung die Frage des Septennats zur Sprache gekommen, und Zorn v. Bulach hat diesen Anlaß benutzt, um für das Septennat einzutreten und festzustellen, daß Elsaß-Lothringen die Aufrechthaltung des Friedens wünsche. Der Staatssecretair v. Hofmann nahm von dieser Erklärung Act und faßte die Situation in folgende Worte zusammen: „Wenn ich die Stimmung im Lande richtig beurtheile — und ich bitte, mir zu widersprechen, wenn Sie anderer Meinung sind —, so geht diese dahin: man verlangt nicht und wünscht nicht, daß Frankreich, um Elsaß-Lothringen von Deutschland wieder loszureißen, einen Krieg mit Deutschland führt, einen Krieg, der für Frankreich selbst eine große Gefahr, für Elsaß-Lothringen aber unter allen Umständen ein unermeßliches Unglück wäre. Lieber als daß Frankreich sich in einen solchen Krieg stürzt, wollen die Elsaß-Lothringer bleiben, was sie jetzt sind, das heißt, Angehörige des deutschen Reiches. Das ist die Stimmung des Landes, mindestens, wie ich glaube, der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung, und ich freue mich, daß mir bei dieser Gelegenheit nicht widersprochen wird. Wenn aber dies der Fall ist, dann liegt es im Interesse der Erhaltung des Friedens, und hier ist das Mittel, welches Elsaß-Lothringen zu Gebote steht, um für die Erhaltung des Friedens zu wirken, daß diese Stimmung laut und entschieden zum Ausdruck kommt. Dazu sind die nächsten Reichstagswahlen eine geeignete Gelegenheit."

Ja, auf die Haltung, welche die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen in der gegenwärtigen Lage zeigt, kommt in der That sehr viel an. Frankreich kann daran erkennen, ob es denn wirklich der Mühe lohnt, die Existenz und die Zukunft des Landes der Wiedererlangung Elsaß-Lothringens wegen aufs Spiel zu setzen. Schon aus den letzten Gemeinderathswahlen in Straßburg und Metz war ersichtlich, daß die Empfindung der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Reiche in Elsaß-Lothringen bedeutende Fortschritte gemacht hat, die Protestpartei wird mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt und die Autonomisten d. h. Diejenigen, welche nach möglichster politischer Selbstständigkeit innerhalb des deutschen Reiches streben, bilden den Kern und die Mehrzahl in den elsaß-lothringischen Vertretungskörpern. Leider sorgen die Chauvinisten in Frankreich dafür, daß diese Thatsache nicht bekannt wird, sondern daß der Irrthum fortbesteht, als wünsche Elsaß-Lothringen nichts sehnlicher, als daß Frankreich aufs Neue zu den Waffen greift, um Elsaß-Lothringen wieder mit Frankreich zu vereinigen. Sechzehn Jahre sind eine lange Zeit, und innerhalb derselben haben die Elsaß-Lothringer vollauf Gelegenheit gehabt, deutsche und französische Zustände mit einander zu vergleichen. Das Ergebniß dieser Vergleichung ist für das deutsche Reich nicht ungünstig, sonst würde die deutschfreundliche Stimmung im Landesausschusse während der Rede des Staatssecretairs v. Hofmann gewiß zum Ausdruck gekommen sein. Es ist nicht anzunehmen, daß die Herren Grad und Winterer durch die Rede des Herrn v. Hofmann zur Septennatsidee bekehrt worden sind, dazu sind die Anschauungen über die Befugnisse der Volksvertretung bei den ehemaligen Staatsangehörigen Frankreichs zu verschieden von den unsrigen; bei aller Friedensliebe werden sich die Herren sagen: Was die Opposition in Deutschland, was die Windthorst und Richter thun, das können wir auch thun, ohne dadurch den Frieden zu gefährden. Man sieht an diesem Falle, wie schädlich die Opposition als Vorbild wirken muß für Solche, welche außer dem oppositionellen auch noch den nationalen Standpunct für sich geltend machen können. Als Herr v. Kardorff erfahren zu haben glaubte, daß der Reichstagsabgeordnete Antoine für das Triennat stimmen werde, theilte er das dem Reichstage mit dem Bemerken mit, daß Herr Antoine aus dem Grunde für das Triennat stimmen wolle, weil er dadurch im Sinne Frankreichs zu handeln glaube. v. Kardorff erhielt dafür einen Ordnungsruf, aber das Richtige hatte er doch wohl getroffen.

Wir hoffen, daß Zorn v. Bulach's Beispiel in Elsaß-Lothringen ebenfalls zur Nachfolge anregen wird, und daß auch die Wahlen im Reichslande noch mehrere Anhänger des Septennats in den Reichstag bringen werden, aber das ist nicht zu bezweifeln, daß die Mehrzahl der elsässischen Abgeordneten auf Seiten der Opposition zu finden sein wird. Es giebt ja dann immer noch den Mittelweg der Stimmenthaltung, welchen die Friedensfreunde betreten können und den ja die Herren Grad und Winterer bereits bei der Abstimmung vom 14. Januar beschritten haben. Vorläufig dürfen wir es als einen werthvollen Gewinn erachten, daß diese wichtige Frage im elsaß-lothringischen Landesausschusse in der geschehenen Weise verhandelt werden konnte. Kriegerische Leidenschaften haben sich dort nicht geltend gemacht, und das kann in Frankreich nicht unbeachtet bleiben.

Die wahre Gesinnung der militairischen **Kreise Frankreichs** ist bei Gelegenheit des vom General Ferrier, dem Commandanten des an der französischen Ostgrenze liegenden VI. Corps, an den Kriegsminister erstatteten Berichts zu Tage getreten. Es heißt darin, daß alle Gerüchte von deutschen Kriegsrüstungen jenseits der Vogesen unbegründet seien. Darauf hat sich der Kriegsrath versammelt und sich überzeugt, daß in Folge der seit zehn Monaten getroffenen Maßregeln keine Ueberrumpelung zu befürchten sei. Also die Franzosen geben sich den Anschein, als ob sie gegen einen deutschen Ueberfall auf der Hut sein müßten. Das heißt denn doch die Verstellung auf die Spitze treiben. Natürlich muß General Boulanger für seine ganz außergewöhnlichen Rüstungen einen Vorwand haben, aber diese Verdächtigung geht denn doch über den Spaß.

Daß die deutsche Kriegsleitung die Lage zugleich kühl und ernst betrachtet, geht aus den Maßregeln hervor, welche sie ergriffen hat. Die Ernennung des ausgezeichneten Generals v. Verdy du Vernois zum Gouverneur von Straßburg beweist ebenso wie die geplante Verstärkung des 15. Armeecorps, daß wir auf alle Fälle gerüstet sein wollen. Mit den französischen Pferdekäufen in Deutschland ist es nun auch vorüber, die Pferdeausfuhr über Grenze ist seit einigen Tagen verboten. Daß wir den Zweck der Ansammlung französischer Truppen an der Grenze richtig erkannt haben, darüber ist schon neulich Quittung ertheilt worden, und das Pferdeausfuhrverbot schließt die Reihe der deutscherseits ergriffenen Abwehrmaßregeln. So lange Boulanger Kriegsminister ist, wissen wir, was wir von den französischen Friedensversicherungen zu halten haben: wir hören sie, aber es fehlt uns der Glaube. Fürst Bismarck hat es im Reichstage am 11. Januar laut und deutlich vor aller Welt erklärt, daß Deutschland Frankreich niemals angreifen werde; auf dieses Wort können die Franzosen bauen und danach haben sie ihre Maßnahmen zu treffen, **wenn ihre so oft betonte** Friedensliebe aufrichtig ist.

Die Franzosen rechnen aber offenbar auf das Entgegenkommen der Elsaß-Lothringer bei ihren Kriegsplänen, darin dürften sie sich jedoch ebenso verrechnen, wie sich Napoleon III. im Jahre 1870 verrechnet hat, als er auf die Neutralität der süddeutschen Staaten zählte. Wir dürfen von den Elsaß-Lothringern nicht erwarten, daß sie den Franzosen im Kriegsfalle mit derselben Kraft und Ausdauer entgegentreten werden wie die übrigen Söhne Deutschlands, aber auf Verrath der deutschen Sache warten die Franzosen vergeblich. Elsaß-Lothringen ist deutsch und wird es hoffentlich immer bleiben. *

Leipzig, 2. Februar 1887.

* Die deutschen Behörden, und namentlich das Auswärtige Amt, erhalten fortgesetzt aus den verschiedenen Theilen des Reiches und auch aus dem Auslande zahlreiche Gesuche um Anstellung, Verwendung oder Ansiedelung in den unter deutschem Schutze stehenden überseeischen Gebieten, um kostenfreie Beförderung nach denselben, um Zulassung zum Militairdienst daselbst, bezw. um Belehrung und Auskunftsertheilung über die dortigen Verhältnisse. Es ist wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß das Reich Stellen in den Schutzgebieten nicht mehr zu vergeben hat, und daß Unterstützungen zur Uebersiedelung dorthin um so weniger gewährt werden können, als überhaupt nicht die Absicht besteht, eine Auswanderung nach jenen Gebieten zu lenken. Auch steht in den Colonien kein Militair, und bietet sich daher auch keine Gelegenheit, daselbst der Militairpflicht zu genügen. Die Behörden befinden sich somit nicht in der Lage, den Gesuchen der erwähnten Art irgend welche Folge zu geben.

* Ein wahrhaft bejammernswerthes Bild stellt in dieser Wahlbewegung die deutschfreisinnige Partei dar. Sie gleicht einem alten gebrechlichen todtkranken Mann, der mit wankendem Gebein von zwei robusten Gesellen, an jedem Arm Einer, noch einmal über die Bühne geschleppt wird, um dann für immer zusammenzubrechen. Die beiden Stützen, welche die Gestalt, die allein nicht mehr zu stehen und zu gehen vermag, noch mühsam aufrechterhalten, sind die Ultramontanen und Socialdemokraten. Wenn man die Wahlnachrichten fortschrittlicher Blätter durchmustert, überall ..., ohne jede Scham und Scheu, die Hoffnung auf Sieg nur noch damit begründet, daß die beiden genannten Parteien, womöglich schon im ersten Wahlgang, für den fortschrittlichen Candidaten stimmen. Und die Presse des Centrums giebt die allgemeine giltige Parole aus, nur „Septennats- und Mischmasch-Gegner" zu wählen, d. h. in allen Fällen, wo die Ultramontanen mit eignen Candidaten nicht durchzudringen vermögen, gegen Conservative und für Deutschfreisinnige zu stimmen. An übermüthiger und geringschätziger Behandlung ihrer „freisinnigen" Hörigen läßt es dabei die klerikale Presse nicht fehlen. Das ist der deutsche Liberalismus, wie ihn der Abg. Richter ausgebildet hat.

* Die Ultramontanen sind in großer Angst vor dem Eindringen der Socialdemokraten in ihre Wahlkreise. Die „Germania" bringt einen Artikel voll der lebhaftesten Besorgnisse über dies Thema. Mit offener, namentlich aber auch mit stiller Agitation, von Werkstatt zu Werkstatt, von Wohnung zu Wohnung, in den Wirthshäusern, in der mündlichen Unterhaltung und durch Flugblätter wird nach den Klagen des klerikalen Blattes die socialdemokratische Agitation, mit besonderer Rücksicht auf das katholische Bekenntniß der Arbeiter, in vielen Wahlkreisen des Centrums mit stets steigender Betriebsamkeit und offenbar auch mit Erfolg geübt. Wie oft hatten die ultramontanen Blätter triumphirend die durch das Beispiel anderer katholischer Länder freilich längst widerlegte Behauptung aufgestellt, daß in der katholischen Bevölkerung das socialistische Gift Dank der Thätigkeit der Kirche keinen Eingang finde! Jetzt muß das Centrum mit Betrübniß wahrnehmen, daß auch in Rheinland und Westfalen, in Schlesien und Bayern die socialistische Propaganda Fortschritte macht. Und auf der andern Seite werden die klerikalen Wahlkreise von rechtsher bedrängt, septennatsfreundliche Candidaturen aus dem Centrum, Doppelcandidaturen aus derselben Partei, treten schon gar nicht mehr vereinzelt auf. Auch der „feste Thurm" der klerikalen Wählerschaft beginnt bedenkliche Schwankungen und Risse zu zeigen.

* Das in nahen Beziehungen zu Herrn Rickert stehende „Reichsblatt" schreibt: „Freunde im Osten! Deutschfreisinnige in Posen und Westpreußen! Gebt Euch diesmal nicht dazu her, unsere politischen Todfeinde zu wählen!" Diese Todfeinde sind deutsche Candidaten von nationalliberaler oder conservativer Richtung, deren Freunde, denen die deutschfreisinnigen Stimmen direct oder indirect zugeführt werden sollen, sind die Polen. Für Flensburg gab die „Freisinnige Zeitung" die Parole aus: Für Gottburgsen darf nicht gestimmt werden, und die „Kieler Zeitung" secundirte ihr dabei. Gottburgsen ist der gesammte deutsche Candidat und gehört der nationalliberalen Partei an, der Gegner ist ein Däne. Zur Ehre der deutschfreisinnigen Wähler muß bemerkt werden, daß sie in vielen Fällen den patriotischen Anweisungen ihrer Führer und Blätter den Gehorsam verweigern.

* Das Bewußtsein der Rechtsunsicherheit in Deutschböhmen, der Einfluß, den der Statthalter, Baron Kraus, auf die Rechtspflege in Böhmen überhaupt ausübt, hatte die besonders scharfe Interpellation des Dr. Knotz vom Deutschen Club in der ersten Sitzung des österreichischen Reichsraths hervorgerufen. „Versammlungen", heißt es in dieser Interpellation, „wurden wegen bloßer Besprechung der Sprachenverordnung aufgelöst, Zeitungen wegen Mittheilung von Resolutionen gegen diese Verordnung confiscirt. Diese nicht blos in Böhmen, sondern auch in anderen Provinzen systematisch getroffenen Maßregeln, welche sogar bei zur Besprechung von Abgeordneten mit den Wählern veranstalteten Wählerversammlungen angewendet wurden, mußten eine um so gesteigertere Erregung hervorrufen, als vorher den autonomen Behörden die Meinungsäußerung in politischen und nationalen Angelegenheiten nicht verwehrt und die Sistirung bereits gefaßter, keiner weiteren Ausführung unterliegender Resolutionen den tendenziösen Charakter dieser amtlichen Schritte deutlich erkennen läßt." — Dazu kamen in letzter Zeit allerhand bedenkliche Maßnahmen. Zwei deutsche Gymnasiallehrer wurden gemaßregelt. Der eine, Gymnasiallehrer Polzer in Horn in Niederösterreich, weil er in einer Flugschrift den deutschen Katholiken Oesterreichs den Massenübertritt zum Protestantismus rieth, der andere, Lehrer Löger in Wiener-Neustadt, weil er für den Altkatholicismus Propaganda machte. — Doch darin mag das Unterrichtsministerium vielleicht im Recht sein; ein anderer Fall ist es, der die deutschen Böhmens tief beunruhigt, der, consequent durchgeführt, von verhängnißvollen Folgen sein kann. Es handelt sich um einen Preßproceß. Die kräftige, gut organisirte Presse in Deutschböhmen ist seit Jahren der österreichischen Regierung bitter verhaßt. Vor etwa fünf Jahren versuchte man es mit großen Geldmitteln, dieser Presse entgegenzuarbeiten, man überschwemmte Deutschböhmen mit officiösen Zeitungsgründungen — ohne Erfolg. Dies war noch eher eine berechtigte Kampfesweise. Als man die Vergeblichkeit der Versuche, die Deutschböhmen durch officiöse Federn zu kirren, einsah, begann das häufige Confisciren, für die Zeitungsverleger zugleich eine empfindliche Geldstrafe, da in Oesterreich bekanntlich jede Zeitungsnummer mit einem Einkreuzer-Stempel versehen sein muß und der Staat das Geld für die confiscirten gestempelten Nummern nicht ersetzt. Die Zeitungen in den kleineren Städten, die doch in der Regel nicht über ein starkes Setzerpersonal verfügen, pflegten auch an Stelle der confiscirten Artikel einen leeren Raum zu lassen; das wurde ihnen aber auch nicht gestattet, als „zu aufreizend!" und so halfen sie sich bisher, indem sie an Stelle der confiscirten Artikel ganz unschädliche Dinge wie etwa Recepte für Bereitung einer Kartoffelsuppe mit Klößen brachten. Neuerdings aber sucht man den Zeitungen dadurch beizukommen zu wollen, daß man die Redacteure vor czechische Richter bringt. In Oesterreich werden Preßprocesse vor den Schwurgerichten verhandelt. Bei dem Rassenhaß, welchen Czechen gegen Deutsche üben, ist es unschwer einzusehen wie czechische Geschworene deutschnationale Redacteure beurtheilen werden. Der Redacteur der „Deutschen Volkszeitung" in Reichenberg, Karl Wolf, der wegen Beleidigung des Reichenberger Staatsanwalts angeklagt ist, wird vor dem Schwurgericht in Prag abgeurtheilt werden. Wenn man den Angeklagten nicht vor das Reichenberger Schwurgericht stellte, weil er den Reichenberger Staatsanwalt angeblich beleidigte, warum stellte man ihn nicht vor ein fremdes deutsches Schwurgericht? Warum gerade vor die czechischen Geschworenen? Als vor etwa 2½ Jahren der Hochverrathsproceß gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Strache und den Pfarrer Rittel in Warnsdorf verhandelt wurde, der, wie erinnerlich, durch kaiserlichen Machtspruch niedergeschlagen wurde, hätte man ja die Angeklagten ebenso gut vor czechische Richter und Geschworene stellen können. Immer erfolgt ja nicht ein kaiserlicher Machtspruch. Vor czechischen Geschworenen, die in dem Gedankenkreis eines untheilbaren Königreichs Böhmen erzogen sind, deren Ideal die Wiederherstellung des Reiches der Wenzelskrone ist, werden die als Hochverräther gelten, die für eine Zweitheilung der Provinz Böhmen in Wort und Schrift thätig sind. Wohin sollte das führen, wenn der Reichenberger Fall, wie es scheint, ein Vorläufer einer in Aussicht genommenen Praxis wäre.

* Bei den Wahlen zum dänischen Folkething hat das conservative Ministerium Estrup einen kleinen Sieg errungen. Es ist ihm zwar nicht gelungen, die große Majorität der Linken in eine Minorität zu verwandeln, aber die Rechte ist doch etwas gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen; sie wird jetzt ungefähr 30 Sitze zählen, während sie in dem aufgelösten Thing über 22 verfügte. Die Linke, die übrigens nicht in sich geschlossen ist, sondern sich aus den verschiedenen Gruppen zusammensetzt, wird in dem 101 Mitglieder zählenden Folkething etwa 70 Stimmen haben.

* Wegen der Apanagenforderung für die Prinzen Oscar, Karl und Eugen (für jeden 26,000 Kronen im Jahre) beantragt König Oscar von Schweden-Norwegen die für seinen Hofhalt ausgeworfene Summe von 800,000 Kronen um jenen Betrag d. h. 78,000 Kronen zu kürzen. Der König will allerdings den Grundsatz anerkannt wissen, daß den Söhnen des Königs und des Kronprinzen eine persönliche Apanage zu bewilligen sei, aber Angesichts der nun herrschenden gedrückten Lage beanspruche er für seinen Hofhalt keine Erhöhung, sondern er wolle sich seine Civilliste um den für die drei Apanagen erforderlichen Betrag vermindern lassen. Der König wünscht, diese Angelegenheit baldigst und für die drei Prinzen, nachdem dieselben nun alle ihre Mündigkeit erreicht, gleichzeitig erledigt zu sehen.

* Der Grund der Agitation in Kreta gegen die türkische Herrschaft ist localer Natur. Die öffentlichen Cassen sind nämlich so leer, daß die Gehälter der Beamten nächstens nicht mehr bezahlt werden können. Die Pforte weigert sich noch immer, die Forderungen der christlichen Bevölkerung zu bewilligen und derselben zwei Drittel der Einnahmen aus den Zöllen zu überlassen.

* Die Regierungsvorlage über die Reform der Geschäftsordnung des englischen Parlaments besteht aus 15 Paragraphen. Paragraph 4 bestimmt, daß das Haus am Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag um 2 Uhr Nachmittags zusammentreten und bis ½1 Uhr Nachts tagen solle. Die ersten drei Paragraphen handeln über den Debattenschluß (clotura). Gegen die Stunde der Eröffnung der parlamentarischen Sitzungen macht sich unter den Mitgliedern beträchtliche Opposition bemerkbar. 2 Uhr ist eine ungelegene Zeit für Geschäftsmänner und Juristen und es ist nicht unwahr-